



Niedersächsisches
Finanzministerium

27. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages ► TOP 4 bis TOP 6

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011 - HG 2011 -)

Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs. 16/2750

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2010 (Nachtragshaushaltsgesetz 2010)

Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs. 16/2749

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2011

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP – Drs. 16/2771

Rede des Niedersächsischen Finanzministers Hartmut Möllring

am 07. September 2010 im Niedersächsischen Landtag

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

Zukunft hat Vorfahrt – vor allem in der Krise. Wir investieren mit unserem Haushalt 2011 daher in ein leistungsfähiges Bildungssystem, eine gute Infrastruktur und ideale Voraussetzungen für unsere heimische Wirtschaft. Nur so können kluge Köpfe, unternehmerische Freiheit und verlässliche Rahmenbedingungen Wachstum und Wohlstand in Niedersachsen auch für die kommenden Generationen sichern.

Die Bildung fängt bei den Kleinsten an.

Wir setzen weiter auf frühkindliche Bildung und investieren in 2011 für Kindertagespflege und Krippenplätze 124 Millionen Euro. Wir halten am beitragsfreien Kindergartenjahr fest. Dafür stehen 100 Millionen Euro jährlich zur Verfügung. Damit fördern Kindertageseinrichtungen mit insgesamt 433 Millionen Euro. Das sind 67 Millionen Euro mehr als in 2010; eine Steigerung um 16 %. Die Ergebnisse des Krippengipfels werden weiter umgesetzt. Bis 2013 werden wir in Niedersachsen 62.000 Betreuungsplätze für Unter-drei-Jährige haben. Das heißt: 460 Millionen Euro für Krippenplätze und Kindertagespflege bis 2013.

Qualifizierte und hoch motivierte junge Menschen sind unser Potential:

Für Schule und Berufsausbildung stehen 2011 insgesamt 4,1 Milliarden Euro zur Verfügung. Wir beschäftigen trotz zurückgehender Schülerzahlen weiterhin 86.000 Lehrerinnen und Lehrer – so viele wie nie zuvor. In Ganztagschulen investieren wir 2011 rund 85 Millionen Euro.

Innovation und Forschung sind zwei wesentliche Standortvorteile Niedersachsens. Diese gilt es weiter auszubauen. Für die Hochschulen und die hochschulnahe Forschung stehen deshalb 2011 2,1 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind rund 45 Millionen Euro mehr als in 2010. Für unsere Hochschulen haben wir im Juni mit dem Zukunftsvertrages II finanzielle Planungssicherheit geschaffen. Sie erhalten jährlich 1,69 Milliarden Euro vertraglich abgesichert. Der doppelte Abiturjahrgang steht vor der Tür. Mit 89 Millionen Euro steigern wird die Aufnahmekapazitäten unserer Hochschulen. 35.500 zusätzliche Studienplätze stehen 2011 bereit.

Wir schaffen die Voraussetzungen für eine leistungsfähige Wirtschaft, die Wachstum und Arbeitsplätze in Niedersachsen sichert. Das Erfolgsmodell „Initiative Niedersachsen“ (*Konjunkturpaket II, landesfinanziertes Aufstockungspaket und Kommunalprogramm*) mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von deutlich über 1,5 Milliarden Euro wird schlussfinanziert. Wir investieren in eine gute und belastbare Infrastruktur. Das größte und bedeutendste Projekt ist der Tiefwasserhafen Wilhelmshaven, der am 5. August 2012 seinen Betrieb aufnehmen wird. In ihn fließen 2011 bis zu 32 Millionen Euro. Weitere 45 Millionen fließen in unsere schon bestehenden landeseigenen Häfen zur Stärkung der Wirtschaftsachsen an der Küste. Der niedersächsische Wirtschaftsförderfonds wird 2011 um zusätzliche 52 Millionen Euro aufgestockt.

Unsere Bürgerinnen und Bürger sollen sich in Niedersachsen wohl und sicher fühlen: Dafür sorgen 22.500 Polizistinnen und Polizisten. Die Küsten –also in die Sicherheit der Menschen hinter den Deichen- schützen wir 68 Millionen Euro. Wir investieren in die soziale Sicherheit. Mehr als 2 Millionen Euro für den Kinder- und Jugendschutz. 34 Millionen Euro allein für Jugendarbeit, für Jugendsozialarbeit und das Ehrenamt.

Dem Gesundheitswesen stehen 263 Millionen Euro zur Verfügung. 760 Millionen Euro investieren wir in das Wohnungs- und Siedlungswesen.

Die Eingliederungshilfe bekommt 1,5 Mrd. EUR. Das ist der größte Ansatz im Sozialetat. 1,5 Mrd. EUR also für die Betreuung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung. Die Leistungen für Menschen mit Behinderungen werden nicht gekürzt. Die Leistungen für jeden einzelnen Leistungsempfänger sind auch weiterhin individuell sichergestellt. Um Irritationen vorzubeugen: Für den prognostizierten Anstieg von Personal- und Sachkosten im Bereich der Eingliederungshilfe waren im sog. Vorgabewert rund 30, 5 Millionen Euro vorgesehen. Diese werden wir nun nicht ausschütten, da die Preissteigerungsrate moderat und die Lohnentwicklung zurückhaltend ist. Wir kürzen nicht, wir verzichten lediglich auf eine Erhöhung für die Träger. Die ebenfalls voraussichtlich um zwei Prozent steigenden Kosten für die nach wie vor jährlich steigende Anzahl der Hilfeempfänger stehen selbstverständlich weiterhin zur Verfügung.

Und das alles schaffen wir, obwohl wir Steuermindereinnahmen – ganz aktuell von rund 1 Milliarde Euro im Vergleich zum August 2009 – zu verkraften haben.

Wir sind hoffentlich am Ende der schlimmsten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik. Trotzdem hat es diese Landesregierung geschafft, nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt für 2011 aufzustellen, wir halten auch an unserem Ziel fest, die Nettokreditaufnahme auf Null zu reduzieren. Denn Schulden zu machen, ist unsozial und durch nichts zu rechtfertigen. Deswegen ist das Gesamtpaket aus Nachtrag 2010, Haushaltsplanentwurf 2011 und Mittelfristiger Planung bis 2014 ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Einhaltung des Neuverschuldungsverbots des Grundgesetzes.

Wir hatten das Ziel eines Haushaltes ohne neue Schulden bereits für 2010 fest im Blick bis wir durch die Finanz- und Wirtschaftskrise aus der Bahn geworfen wurden. Die Steuereinnahmen des Landes lagen im Jahr 2009 um 1,3 Milliarden Euro unter den ursprünglichen Annahmen der Haushaltsaufstellung. Die Gegenmaßnahmen, die zur Bewältigung der Krise und Stabilisierung der Wirtschaftslage getroffen werden mussten, haben den Haushalt zusätzlich enorm belastet. Deshalb waren wir gezwungen, für die Jahre 2009 und 2010 jeweils neue Schulden in Höhe von 2,3 Milliarden Euro aufzunehmen. Wir sind damit quasi auf Los zurück gesetzt worden. Niedersachsen wird nach aktuellen Prognosen erst in 2013 das Einnahmenniveau von 2008 wieder erreichen. Trotzdem setzen wir 2011 unseren Weg entschlossen fort und senken die Nettokreditaufnahme erneut um 350 Millionen Euro. Schritt für Schritt werden wir uns so in den nächsten Jahren wieder vorarbeiten bis wir unser wichtigstes politisches Ziel, einen Haushalt ohne neue Schulden, spätestens 2020 erreichen. Bis dahin haben wir nur noch wenig Zeit den Landeshaushalt so zu ordnen, dass er ohne neue Schulden auskommt. Wir erwarten Einnahmen von 27 Milliarden Euro für das Jahr 2020. Das heißt etwa 10% über unserem derzeitigen Haushaltsvolumen. Die Ausgaben dürfen in den nächsten 10 Jahren also um ebenfalls 10 % steigen. Nach Adam Riese bedeutet das, dass bei Einnahmesteigerungen von 2% pro Jahr –das ergibt nämlich die 27 Mrd. Euro die Ausgaben nur um 1 % jährlich steigen dürfen! 10% geteilt durch 10 ergibt 1%. Auch in den nächsten 10 Jahren werden wir bei den Haushaltsaufstellungsverfahren wenig bis gar keinen Spaß haben. Angesichts dieser zunächst erschreckenden Perspektive darf und wird diese Landesregierung in ihren Konsolidierungsanstrengungen weder innehalten noch sich ausruhen.

Die derzeitigen erheblichen Einnahmeausfälle können wir nicht allein durch Ausgabenkürzungen auffangen. Zwar sind die Aussichten angesichts der gegenwärtigen konjunkturellen Erholung gut. In Niedersachsen sank die Quote der Arbeitslosen im August um 0,2 Punkte auf 7,4 %. Der niedrigste Auguststand seit 18 Jahren. Der Bundesschnitt verharrte im Vergleich dazu bei 7,6 %. Die wirtschaftliche Entwicklung läuft auch dank unserer Politik viel besser. Es wäre jedoch fatal, sich hier von der endlich wieder anziehende Konjunktur verführen zu lassen. Die Landesregierung setzt daher für 2011 auf einen Dreiklang aus Ausgabenkürzungen, Einnahmeverbesserungen und verantwortungsbewusste Veräußerungen von Landesbeteiligungen:

Bereits in der Zukunftsklausur im Januar dieses Jahres wurde eine 2%ige Einsparauflage für alle Ressortbereiche mit einer Haushaltsentlastung von jährlich 345 Millionen Euro beschlossen. Wir arbeiten mit einer möglichst schlanken und leistungsfähigen Verwaltung. Mit der dritten Stufe der Verwaltungsmodernisierung reagieren wir auf den absehbaren Bevölkerungsrückgang und eine verbesserte Technik. 1900 Stellen werden wir in diesem Zusammenhang abbauen und damit den Haushalt dauerhaft um mehr als 80 Millionen Euro pro Jahr entlasten.

Zur Verbesserung der Einnahmen schlägt die Landesregierung eine geringe Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes um einen Prozentpunkt auf 4,5 % ab dem 01. Januar 2011 vor. Solange wir noch neue Schulden machen müssen, können wir es uns nicht leisten, auf diese rund 65 Millionen Euro zu verzichten. Wir können es uns nicht leisten, eine niedrigere Grunderwerbsteuer zu erheben, als unsere Nachbarn Hamburg und Sachsen- Anhalt. Wir stärken damit auch unsere Kommunen, die über den Kommunalen Finanzausgleich 35 Mio Euro zusätzliche Einnahmen erhalten – ein Beitrag zur Verbesserung der angespannten Finanzsituation vieler kommunaler Körperschaften.

Die Landeregierung geht verantwortungsbewusst mit dem Vermögen des Landes um. Das bedeutet auch, dass wir ständig überprüfen, ob und welches Landesvermögen veräußert werden kann, um weitere Einnahmen für den Landeshaushalt zu erzielen. Wegen der guten Zinssituation, aber auch wegen unseres professionellen, marktorientierten Handelns bei Kreditgeschäften ist es uns in 2010 gelungen, 386 Millionen Euro weniger für Zinsen auszugeben als geplant. 2011 werden wir voraussichtlich mit 353 Millionen Euro weniger auskommen. Das hat uns in die Lage versetzt, Vorsorge für 2011 treffen zu können. Es war möglich mit dem Nachtrag 2010 bzw. dem Haushaltsplanentwurf 2011 eine Verschiebung der Veräußerung des Stammkapitals der NORD/LB an die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft von 2010 nach 2011 zu vollziehen. Das gibt uns Gestaltungsspielraum für 2011. Weitere 300 Millionen Euro sind aus Vermögensveräußerungen zu Deckung des Haushaltes 2011 vorgesehen.

Bereits in der Vergangenheit haben wir unter Beweis gestellt, dass wir schwierige Haushaltssituationen erfolgreich meistern können. Der vor Ihnen liegende Haushaltsplanentwurf 2011 unterstreicht diese Fähigkeit erneut. Vor allem aber ist er Beleg für unseren ungebrochenen Willen zur nachhaltigen Konsolidierung. Wir stehen für eine generationengerechte Haushaltspolitik unter Berücksichtigung unserer sozialpolitischen Verantwortung.